

<b>Antrag der CDU-Fraktion</b>	<b>Vorlagen - Nr.:</b>	<b>VO/1227/2012</b>	<b>TOP</b>
	<b>Status:</b>	<b>öffentlich</b>	
	<b>Datum:</b>	<b>02.05.2012</b>	
	<b>Eingang:</b>	<b>02.05.2012</b>	
<b>Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>			
<b><u>Beratende Gremien:</u></b>	<b>Ausschuss für Soziales, Jugend und Frauen Stadtverordnetenversammlung Marburg</b>		

## **Antrag der CDU- Fraktion betr. Unterstützung der individuellen Wohnsituation von Behinderten und Senioren in den Außenstadtteilen**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

**Der Magistrat der Universitätsstadt Marburg wird aufgefordert, mit der Landesregierung Hessen, der Renten- und Pflegeversicherung, dem LWV-Hessen (Landeswohlfahrtsverband) und dem Krankenkassenverband über die Entwicklung neuer Finanzierungsmodelle zur Unterstützung der Wohnsituation von Behinderten und Senioren in den Aussenstadtteilen Marburgs zu verhandeln und zu berichten.**

### **Begründung:**

In der Diskussion um die Schaffung von alters- und seniorengerechtem Wohnraum wurden diverse Analysen, Ideen und Planungen für die Außenstadtteile diskutiert. Quintessenz vieler Befragungen und fachlicher Forschungen vor Ort ist der Wunsch der Betroffenen, möglichst nahe am gewohnten Wohnort bleiben zu können.

Der Bau von aufwändig angelegten Pflegeeinrichtungen ist teuer und oftmals nicht notwendig. Einer großen Anzahl von Behinderten oder Senioren ist es möglich, sich in ihrem häuslichen Umfeld mit verhältnismäßig geringem baulichen Aufwand frei bewegen zu können, ohne fremde Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen.

Die Finanzierung von zinslosen Kleinkrediten und/oder Zuschüssen, sollte in jedem Falle zukünftig auch probates Mittel sozialer Daseinsfürsorge der Gesellschaft neben einer Vollversorgung in Einrichtungen darstellen.

**Stephan Muth**

**Philipp Stompfe**